



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Noch einmal die sächsische Frage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Noch einmal die sächsische Frage.

Was wird aus Sachsen? Leipzig, Otto Wigand. 1866.

Sachsen und der norddeutsche Bund. Bernhard Tauchnitz. 1866.

Noch ist über den Lauf der Verhandlungen zwischen dem König von Sachsen und der preussischen Regierung nichts Sicheres bekannt; aber mehre Anzeichen berechtigen zu der Vermuthung, daß auch hier der Abschluß eines Friedensvertrages nahe ist. Die projectirte Uebergabe des Königsteins an die Preußen ist ein Symptom dafür, daß die Majestät des Königs von Sachsen Ursache hat mit dem Lauf der Dinge zufrieden zu sein, denn solche Uebergabe wird doch nur eingeleitet, wenn in den Hauptsachen bereits Einverständnis erzielt ist. Ferner ist kein Geheimniß, daß in Berlin Einzelne, welche entweder Einfluß haben oder die maßgebende Stimmung ausdrücken, eine milde Behandlung Sachsens als nützlich empfehlen. Es sei besser, einen geneigten Freund als einen erbitterten Gegner einzusetzen. Der Fahneneid sei unnöthig, die 10 oder 5 Millionen Kriegsteuer könne man erlassen, auch die Uebergabe des Königsteins sei zuletzt nur eine Ceremonie, die vielleicht aus Rücksicht auf das preussische Heer wünschenswerth sei, die Festung könne den Sachsen in späterer Zeit immer wieder ausgehändigt werden, es sei unvermeidlich, daß Sachsen als wirklich souveräner Staat in den neuen Bund trete. Auch die diplomatische Vertretung müsse ihm bleiben.

Nicht unmöglich, daß man auf solchen Grundlagen bereits während dies geschrieben wird, den Frieden punctirt. Deshalb ist es vielleicht zum letzten Mal, daß in d. Bl. über das deutsche Interesse bei der sächsischen Frage gesprochen werden darf. Da es aber mißlich ist, gegen den unsicheren Schatten eines Gerüchtes zu kämpfen, so wird als greifbarer Gegner hier die zweite der oben erwähnten Flugschriften angenommen.

Die beiden Flugschriften vertreten in dieser Frage entgegengesetzten Standpunkt. Die erstere: „Was wird aus Sachsen?“ ist das Resultat einer von der nationalen Partei in Sachsen ausgeschriebenen Concurrenz, die Ueber-
Grenzboten III. 1866.

zeugungen, welche sie ausspricht, sind genau dieselben, welche d. Bl. vertritt. Die andere: „Sachsen und der norddeutsche Bund“, erklärt den Anschluß Sachsens an den Bundesstaat für nothwendig und plaidirt für möglichste Erhaltung der sächsischen Souveränität. Die Auffassung, welche durch diese Schrift Popularität sucht, ist genau dieselbe, welche ein sächsischer Gesandter bei den Friedensverhandlungen mit Preußen geltend machen kann. Der Unterschied zwischen beiden Schriften ist im Wesentlichen der, daß in der zweiten „Sachsen“ immer sowohl das Königshaus als das Volk begreift, die Interessen beider Factoren werden als absolut gleichbedeutend und einheitlich verbunden gefaßt, während die erstere Flugschrift die Punkte auszuführen sucht, in denen von jetzt ab die Interessen des sächsischen Volkes und seiner Dynastie auseinandergehen. Für diese Beweisführung hat die diplomatische Flugschrift keine Widerlegung, schon die Annahme eines solchen Gegensaßes würde ihr unzweckmäßig erscheinen.

Die Flugschrift, „Sachsen und der Bundesstaat“, sucht aber auch auszuführen, daß es für Preußen vortheilhaft sei, das sächsische Königshaus ohne demüthigende Beschränkungen wieder einzusetzen. Das hohe Haus werde mit derselben Pflichttreue, die es dem alten Bunde bewiesen, seine Pflichten gegen den neuen Bundesstaat erfüllen. Das sächsische Heer könne man in seiner Taktik und Einrichtung ja dem preußischen nähern, aber es werde dem Bundesstaat bessere Dienste thun, wenn es unter seinem alten Kriegsherrn Integrität und Selbstgefühl bewahre, als wenn die Sachsen widerwillige preußische Soldaten sein müßten; es sei ferner unangemessen, Sachsen mit 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern in dem neuen Bundesstaat wie einen gebundenen Sclaven hinzustellen, weit ungünstiger als Waldeck oder einen anderen Kleinstaat u. s. w.

Das alles hat guten Schein, wenn man preußischerseits das königliche Haus von Sachsen wieder in Sachsen einsetzen und mit ihm im neuen Bundesstaat pactiren will, wie im alten geschehen. Es klingt ganz gut, daß man ganz und voll thun müsse, was man thut, hier also: entweder müsse man Sachsen preußisch machen, oder Sachsen als Staat bestehen lassen. Müsse man die königliche Familie von Sachsen restituiren, so müsse man ihr die Möglichkeit geben nach fürstlichen Begriffen zu bestehen. Aber in Wahrheit steht die Frage für Preußen so, zuerst ob man überhaupt restituiren muß und ferner, wenn man muß, ob man dabei auf das Wohlbefinden der retabilirten Souveränität Rücksicht nehmen darf. Wir betrachten den letztern Fall, daß man das Königshaus restituiren muß.

Der Ministerpräsident hat in den letzten Wochen öffentlich ausgesprochen, es sei unwesentlich, ob man einem Kleinstaat die diplomatische Vertretung lasse, das Gewicht derselben werde doch durch die realen Machtverhältnisse des Staates bestimmt. Die eigene Erfahrung des Grafen Bismarck und jeder Blick auf die Geschichte der letzten funfzig Jahre lehren, daß dieser Satz starke Einschränkungen

nöthig macht. Die Diplomatie der deutschen Mittelstaaten hat zuweilen im Auslande ein Geräusch verursacht und eine Bedeutung gewonnen, die außer allem Verhältniß zur wirklichen Macht ihrer Staaten stand. Allerdings ihre Wichtigkeit kann zuletzt in großen Krisen erwiesen werden, wie wir in diesem Jahr erlebt haben, aber diese Beweisführung ist doch unbequem für den lange geärgerten, gehemnten und geschädigten Großstaat. Auch in dem neuen Bundesstaat vermag die regelmäßige Einwirkung, welche das Ausland durch die Gesandten der eingefügten Staaten auf die Stimmung der respectiven Höfe ausübt, die preußische Arbeit in vielen Fällen zu erschweren, Rußland und Mecklenburg, Oestreich und Darmstadt, in der Zukunft Frankreich und Württemberg sind unbequeme Verbindungen, und es ist im höchsten Interesse Preußens, die regelmäßige Strömung dieser Einwirkungen so viel als möglich zu beschränken, die unvermeidlichen werden immer als ein Uebel ertragen werden müssen. Was aber bei Oldenburg und Darmstadt vielleicht unbedenklich ist, wird in dem königlichen Sachsen viel bedenklicher. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Majestät von Sachsen Herrn v. Beust zum Gesandten in Wien oder Paris ernennt, aber wenn sie dies thun will in Jahr und Tag, welches Recht hat Preußen, das zu wehren? Und wird nicht jeder Versuch zu wehren eine neue Veranlassung peinlicher Differenzen? Herr v. Beust ist kein fürchterlicher Gegner, aber er ist ähnlich wie gewisse versteinerte Muscheln in der Geologie, der charakteristische Typus einer ganzen diplomatischen Schicht, welche durch das kleinstaatliche Treiben niedergeschlagen wird.

Es ist ferner davon die Rede, dem Lande Sachsen alle Kriegskosten zu ersparen. Wir wünschen dem sächsischen Volk aufrichtig jede peinliche Erinnerung an die diesjährige Politik seines Königshauses erspart, aber wir begreifen nicht, wie man von der preußischen Volksvertretung in denselben Tagen die Bewilligung von 60 Millionen durchsetzen will, wo man Sachsen von der Beisteuer zu den Kriegskosten gänzlich entlastet. Es war ein furchtbares Schicksal, daß die Sachsen gegen Preußen kämpfen mußten. Aber sie haben das gethan und ihre Waffen haben getroffen, viele Hundert Preußen sind auf Befehl ihres Kriegsherrn getödtet oder verstümmelt worden. Es wird schwer sein die Preußen zu überzeugen, daß sie als Sieger Pensionen für Verwundete und Hinterlassene aus ihren eigenen Mitteln bezahlen müssen. Aber die Kosten dieses großen Krieges sind zugleich die Kaufsumme geworden, durch welche der Bundesstaat erworben worden ist. Werden die Preußen die Millionen der Heeresrüstung den Sachsen gegenüber allein tragen, die Möglichkeit des neuen Staats als Sieger allein bezahlen wollen? Es ist traurig, daß das sächsische Volk bezahlen soll, was wider seinen Willen geschehen, aber warum weniger als alle andern? Das ist eine unbequeme Frage, auf welche in Preußen niemand, welcher Partei er auch angehöre, der Regierung geneigte Antwort geben wird.

Am meisten Berechtigung hat die Forderung der Flugschrift „Sachsen und der norddeutsche Bund“ grade da, wo man in Preußen am schärfsten einzugreifen geneigt war, in der Heeresfrage. Die Neuformation des sächsischen Heeres in preußische Bataillone hat Schwierigkeiten, welche nicht bloß formaler Natur sind, die Offiziere würden fast sämmtlich hinfällig werden, die jetzige Generation der Mannschaft in Disciplin und Gesinnung viel zu wünschen übrig lassen. Und was die Hauptsache ist, man würde für die nächsten Jahre bei einem Kriege das sächsische Contingent fast ganz entbehren, sogar das preußische Offiziercorps um ihretwillen schwächen müssen. Läßt man den sächsischen Heerkörper bestehen, so hat man 25,000 Mann kriegstüchtiger Truppen zur Disposition. Allerdings eine Truppe, deren ganzer kriegerischer Stolz auf dem Kampfe beruht, den sie gegen ihre preußischen Kameraden geführt hat, bei der jetzt noch unsicher ist, ob sie in einem neuen Kriege mit Oestreich verwendbar sein würde. Aber sie hat militärische Zucht bewährt. Hat man ihren Kriegsherrn im neuen Bundesstaat, so hat man auch sie, sie wird sich in militärischem Gehorsam nach Jahr und Tag vielleicht besser gegen einen alten Verbündeten schlagen, als mürrische Bataillone ausgehobener Sachsen unter preußischen Offizieren.

Freilich die Voraussetzung, unter welcher selbständige Dauer des sächsischen Heeres möglich wird, ist doch, daß dasselbe durch irgendein Band an den Bundesfeldherrn verpflichtet wird. Jede Form, in der dies geschehen kann: Verpflichtung der Offiziere für den Bund, Beeidigung der obersten Heerführer hat Inconvenienzen, welche schon darum größer sind als in anderen Bundesstaaten, weil das sächsische Heer größer ist. In jedem Fall wird etwas Halbes geschaffen. Halb aber bleibt auch die Arbeit, wenn man das sächsische Königshaus zurückführt und die sächsischen Soldaten in preußischen Bataillonen ausexercirt. Der Unterschied ist nur der, daß das sächsische Heer, dessen Selbständigkeit bewahrt bleibt, sogleich eine kriegstüchtige Truppe des Bundesstaats ist, welche allerdings fortfährt, ein specifisch sächsisches Gepräge zu behalten, während die Auflösung des sächsischen Heeres in preußische Bataillone in der nächsten Zukunft Preußens Heerkraft eher schwächt als stärkt, dagegen in späterer Zeit tüchtige preußische Soldaten giebt. Es kommt also darauf an, was Preußen in diesem Augenblicke für wichtiger hält.

Größere Gefahr würde sich Preußen durch ein souveränes Sachsen für den neuen Bundesstaat bereiten. Der König übernimmt die Verpflichtung, auf Grund des Entwurfes vom 10. Juni in den neuen Bund zu treten, ebenso wie ein anderer der bundestreuen Fürsten. Noch ist der Bundesstaat nichts als Project, der König von Sachsen wird also bei der Constituirung sein Interesse so gut wahrzunehmen berechtigt sein als jeder anderer der Bundesfürsten. Sachsen aber ist das einzige Königshaus im Bunde. Es wird also selbstver-

ständiglich gegen jede Beschränkung der Souveränität, die ihm durch den neuen Bundesvertrag aufgelegt werden soll, ebenso reagiren, wie jetzt bei den Friedensverhandlungen mit Preußen. Durch den Zutritt Sachsens wird der Separatismus der Dynastien eine Verstärkung erhalten, welche nicht nur die ohnedies schwere Aufgabe verwickeln, sondern in Wahrheit den Bundesstaat auf eine ganz neue Basis stellen wird. Nicht als wenn der König von Sachsen weniger Geneigtheit dafür mitbrächte, als andere der regierenden Herren, im Gegentheil, wir sind überzeugt, daß er das Unvermeidliche mit besserem Verständniß und reinerem Willen thun wird, als mancher seiner erlückten Verbündeten. Der untüßbare Grund des Widerstandes liegt in den Verhältnissen und der Stellung, welche man ihm restituirt hat. Er ist fortan der bedeutendste der Bundesherren, durch ihn haben sie ein Haupt und einen bereits bewährten Führer erhalten, das dynastische und das Souveränitätsinteresse werden sich fortan bei der neuen Organisation gebieterisch geltend machen. Und Graf Bismarck wird auch, wenn er den Willen hat, die Selbständigkeit der einzelnen Bundesgenossen zum Vortheil des Ganzen einzuschränken, in seiner Stellung zwischen Parlament und den conservativen Einflüssen am preußischen Hofe es sehr schwer finden, den widerstrebenden Hoheitsstolz der Bundeshäupter zu dämpfen.

Wenn ferner Sachsen den neuen Bund berathen hilft und daneben in seltsamer Doppelstellung Darmstadt, warum nicht auch Baden, Württemberg und Bayern? Der feste Zusammenschluß der norddeutschen Staaten, den wir bei den Friedensverhandlungen mit Oestreich noch hoffen durften, Einheit des Heeres und der Diplomatie, Einheit und Leitung der großen Verkehrsanstalten durch Preußen, ist doch aufgegeben, die große Idee, kaum geboren, bei Seite gelegt, was hindert jetzt noch, daß auch der Süden zutrete? In der That, für Baden wünschen wir dies aufs innigste und auch der Anschluß von Württemberg und Bayern wäre kaum noch eine Lockerung des Bundes, der mit einem souveränen Sachsen vereinbart wird. Preußen hat sich durch diese Concession auf ein ganz neues Princip gestellt, was es jetzt noch schaffen kann, wird eine neue Föderation souveräner Staaten, ohne Zweifel viel besser als der alte Bundestag, immer noch ein großer Fortschritt. Aber wieder werden die Interessen der Regierungen es sein, mit denen Preußen zunächst verhandeln muß, und der schöne Traum eines einheitlich fest organisirten Staatswesens schwindet dahin. Jetzt erscheint es wie Zufall und Willkür, daß Nassau, Kurhessen und Hannover annectirt sind, die depoffedirten Fürsten, ihre Anhänger und das Ausland werden neuen Grund haben, zu fragen, warum uns nicht conserviren, wenn andere bleiben? War das Bedürfniß Preußens, Dresden und Leipzig zu beherrschen, nicht größer, als Nassau und Frankfurt zu besetzen?

Wenn also wahr ist, was wir hören, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und Sachsen dem Abschluß nahe sind, so ist diese Eile befremdend.

Fühlt man sich zu Berlin in Wahrheit verpflichtet, den Sachsen ihr königliches Haus zurückzugeben, so ist doch jedenfalls ein starkes Interesse Preußens und Sachsens, daß die Rückführung des königlichen Hauses in den Bundesstaat erst nach Constituirung desselben vor sich ginge. Wollte man das sächsische Volk an dieser Constituirung theilnehmen lassen, so konnte man ohne Mühe die Landescommission beseitigen, die Beamten durch Reverse verpflichten, die Wahlen ausschreiben, und wenn in dem Bundesstaat Rechte und Pflichten der einzelnen Regierungen festgestellt waren, dann dem Königshaus der Wettiner die Rückkehr auf Grund des prager Friedens anbieten. Das war ganz vertragsmäßig gehandelt, es nahm dem Ausland das Recht sich einzumischen, es erleichterte das Friedenswerk des auswärtigen Amtes in Berlin um ein Beträchtliches und es schuf einen gleichmäßigen gesetzlichen Zustand im Bundesstaat, den das sächsische Königshaus anzuerkennen hatte, wenn es seine Restitution wollte.

Dies ungefähr sind die Einwürfe, welche man gegen die ministerielle sächsische Brochure und gegen die eifrigen Friedensvermittler in Berlin vom preussischen Standpunkt geltend machen wird. Aber diese Kritik ist, so scheint uns, nur ein schwacher Ausdruck der Empfindungen, welche ein Preuße in diesen Tagen hat, wenn er an die Lösung der sächsischen Frage denkt, und es ist auch für unsere Leser in Sachsen lehrreich, sich an diese Stimmungen ihrer Nachbarn zu erinnern.

Berlin hat sich festlich geschmückt, aller Blumenglanz des Herbstes ist an die Häuser geheftet, die Fanfaren schmettern, durch eine dichtgedrängte Menge hält das siegreiche Heer seinen Triumphzug in die Hauptstadt. Beim Standbild des großen Königs, bei der ehernen Statue Blüchers dröhnt der reißige Zug der Enkel vorüber. Die letzten hundert Jahre preussischer Geschichte sind in den Seelen lebendig, eine Zeit hohen Aufschwunges und harter Schläge, in denen die Lebenskraft des jungen Staates auf harte Proben gestellt war, aus den härtesten neubelebt hervorging. Zum dritten Mal seit 1763 hat sich Berlin gerüstet, das Heer seiner Könige, das aus großem Kriege siegreich heimkehrt, zu empfangen, und jeder dieser Triumphzüge bezeichnet einen neuen großen Fortschritt des preussischen Staates. Aber bei jedem dieser Erfolge war ein und dieselbe herbe Entfagung. Friedrich der Zweite hatte im siebenjährigen Kampfe Sachsen erobert und behauptet, er vermochte es nicht im Frieden für Preußen zu erwerben, der große König entzog sich dem Triumphzuge und ritt allein in seine Einsamkeit an der Havel zurück. In den Freiheitskriegen hatte Preußen wieder das Königreich Sachsen in Besitz genommen, zum zweiten Mal mußte es im Frieden den Haupttheil des Landes aus seiner Hand geben. Jetzt hat ein ewig denkwürdiges Geschick zum dritten Mal in hundert Jahren gefügt, daß Preußen den Nachbarstaat im Kriege einnahm und in gepanzerter Hand hielt, seine eigene Macht ist unvergleichlich größer, seine Siege sind so glänzend wie der

schönste Sieg der Ahnen, es hat jetzt die Kraft, das schwer gewonnene Land festzuhalten. Friedrich der Zweite kämpfte sieben Jahre in Wahrheit nicht um Schlessen, sondern um Sachsen, und er hielt sich am Ende des harten Krieges nicht für einen beneidenswerthen Sieger. Nach den Freiheitskriegen rang die preussische Diplomatie Jahre lang um dies Kleinod, und für die herbste Demüthigung galt dem Heere Blüchers, daß über dem Schlachtfeld von Leipzig nicht das preussische Banner wehen sollte. Und wieder im Jahre 1866 meint man in Preußen, dieser Gewinn sei wohl eine Schlacht bei Wien, ja er sei einen zweiten Krieg werth gewesen.

Es ist wahr, breiter sind seitdem die Grundlagen für das Gedeihen des preussischen Staates geworden, der Besitz der Nordseeküste von Hannover hat höhere Bedeutung gewonnen, als er vor hundert Jahren hatte, die territoriale Verbindung des östlichen Preußens mit dem Rhein wurde um so mehr ein Lebensbedürfnis für den Staat, je mehr die flugschnelle Dampfkraft Provinz mit Provinz vereinte. Es ist wahr, die Landschaften im innern Deutschland sind, auch wenn sie nicht preussisch heißen, thatsächlich abhängig von Preußen geworden und seit den neuesten Siegen gezwungen, seinem Schicksal zu folgen. Es ist wahr, wir leben nicht mehr in der Zeit Friedrich des Zweiten, wo in Deutschland selbst alles Chaos war und der kleine Staat der Hohenzollern wie ein Emporkömmling gewaltthätig gegen stärkere Fürstengeschlechter des heiligen römischen Reiches rang, mit den Anfängen des Verfassungslebens in Deutschland sind auch andere Formen gefunden, in denen die Völker und Staaten ihre gemeinsamen Interessen vereint wahrnehmen können, ohne daß eines den Namen und das Banner des andern annehmen muß.

Und dennoch. Noch immer bieten die sächsischen Bergpässe einem Heer, das in vielen fremden Zungen spricht, den nahen Zugang zur preussischen Königsstadt, noch immer ist das Landgebiet des norddeutschen Staates in seiner Mitte tief eingebuchtet, so lange ihm Sachsen fehlt, noch immer entbehrt der Preusse die bescheiden verständige und wundervoll praktische Tüchtigkeit des sächsischen Volkes in seinem Staatsbau, grade die Elemente, welche ihm am meisten wohlthun würden, ein hochentwickeltes Bürgerthum von feinen Formen, großer Gescheidtheit und ruhiger Unbefangenheit. Den Sachsen selbst fehlt nichts als der Stolz, Bürger eines großen Staates zu sein, und sie werden ein Muster werden für alle andern deutschen Stämme, dem preussischen Staat wäre das hochentwickelte industrielle Volk mit seinem höchst praktischen Wesen die beste Stärkung seiner Bürgerkraft. So empfindet man in Preußen. Die Pflicht der Selbsterhaltung und militärische Ehre, herbe Lehren der Vergangenheit und der höchste Vortheil des Staates mahnen in Preußen, Sachsen aus der kriegerischen Umarmung nicht zu entlassen.

In Sachsen aber gewinnt grade jetzt die Ueberzeugung der nationalen

Partei Verbreitung in den Seelen, daß eine Restauration der alten Verhältnisse nach allem, was vorausgegangen, für das sächsische Königshaus ein Quell unablässiger herber Gefühle und einer freudlosen Dauer sein würde trotz aller Concessionen, welche man von Preußen aus ihnen machen könne, und ferner, daß es den alten Regenten beim edelsten Willen fortan sehr schwer sein werde, unbefangen und zum Vortheile für den Staat ihres hohen Amtes zu walten. Man meint hier, daß ein ferneres Gedeihen des Landes abhängig sei von dem festesten Einschluß in den neuen Bundesstaat, und daß die mögliche Wiederkehr ähnlicher persönlichen Stimmungen, wie sie im Frühling dieses Jahres das Schicksal Sachsens beherrscht haben, ein unsägliches Unglück für Sachsen sein würde. Man weiß auch sehr wohl, was den Sachsen fehlt, unser politisches Leben ist zerbrochen, seit die sächsische Regierung die zu Recht bestehende Volksvertretung wegocroyirt hat, wir sind reich an tüchtigen Geschäftsleuten, sehr arm an Männern, welche für die höchsten realen Interessen der Gegenwart, für den Staat geschult sind. Man erkennt hier, daß Sachsen aus dieser innern Verkümmern am besten herauskommen kann, wenn jeder Kraft und jedem Talent unseres Landes das weite Deutschland geöffnet wird, sich darin zu rühren. Das deutsche Gemüth, welches zu lieben und zu verehren die tiefste Sehnsucht hat, ist bei uns Sachsen nur nach der Familienseite reich entwickelt, auch den König und seine Familie haben die Privattugenden ihres Lebens Vielen werth gemacht, aber diese Loyalität, wie eifrig sie sich jetzt zuweilen äußert, reicht nicht aus, das sächsische Volk über den Zug seiner besten Interessen zu täuschen. Diese Auffassung und die Sorge um die erschütterten Grundlagen des materiellen Gedeihens drängt hier unwiderstehlich nach Preußen hin. Zunächst die, welche selbst größere Interessen zu vertreten haben, aber dieselbe Auffassung verbreitet sich auch im Volk. Ließe man ihr Zeit, so wird sie Sprache finden.

Aber während die großen Gestalten aus vergangener Zeit, König Friedrich und die Feldherrn des Jahres 1813 stumm auf den Siegeszug der Männer von Königsgräß herabsehen, schließt man, so hören wir, Frieden mit dem souveränen Königreich Sachsen.

Und man hört, Graf Bismarck sei ernsthaft erkrankt.